

Freilassung des palästinensischen Menschenrechtsverteidigers Issa Amro nach Verhaftung durch die palästinensische Sicherheitsbehörde

Issa Amro, der von der EU und der UN als Menschenrechtsverteidiger anerkannte Koordinator der gewaltfreien Aktionsgruppe Youth Against Settlements (YAS) in Hebron, wurde am 10. September 2017 nach siebentägiger Haft wieder entlassen.¹ Die Entlassung erfolgte mit der Auflage einer Kaution von ungefähr 1,400 US-Dollar. Die Anklagepunkte werden weiterhin aufrechterhalten.

Die palästinensischen Sicherheitskräfte (Palestinian Preventive Security Forces) hatten Herrn Amro am 4. September 2017 für ein Verhör einberufen, nachdem dieser auf Facebook die Verhaftung des Radiojournalisten Ayman Qawasmeh durch die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) kritisierte und die Einhaltung des Rechts auf freie Meinungsäußerung forderte. Zusätzlich zum Anklagepunkt 'disturbing public order' unter dem Electronic Crimes Law, welches die PA kürzlich verabschiedet hat, sind weitere Anklagepunkte 'causing strife' und 'insulting the higher authorities' unter dem jordanischen Strafgesetzbuch von 1960. Letzteres ist nach wie vor im Westjordanland gültig.

Aus Protest gegen seine Verhaftung sowie die Haftbedingungen war Amro vom 5. September 2017 im Hungerstreik und nahm weder Nahrung noch Flüssigkeit zu sich. Nach einer Verlegung in eine andere Gefängniszelle, der Erlaubnis von Familienbesuch, sowie dem Wechsel von Kleidung hat Amro den Hungerstreik am 9. September wieder beendet. Youth Against Settlements zufolge wurde Herrn Amro außerdem wiederholt von Mitarbeitenden der palästinensischen Sicherheitsbehörde körperliche Gewalt angedroht.

Amnesty International und andere internationale Menschenrechtsorganisationen haben die Verhaftung von Herrn Amro scharf kritisiert und forderten seine sofortige Freilassung. Die Verhaftung geschehe im Kontext einer alarmierenden Eskalation der Einschränkung der freien Meinungsäußerung durch die PA in den letzten Monaten.² Eine aktive und gewaltfrei engagierte Zivilgesellschaft wie im Falle Issa Amro und Youth Against Settlements ist unerlässlich für ein demokratisches, gerechtes und menschenrechtsbasiertes Miteinander im besetzten palästinensischen Gebiet wie im gesamten Nahen Osten. Die Weiterführung der derzeitigen repressiven Politiken seitens der palästinensischen Autonomiebehörde stellen dafür eine ernstzunehmende Bedrohung dar.

Issa Amro befindet sich derzeit auch in einem Gerichtsverfahren, in dem der Staat Israel in 18 Punkten Anklage gegen ihn erhebt. Sie beziehen sich allesamt auf seine gewaltfreien Aktivitäten für ein Ende der israelischen Besatzung.³

Wir bitten Sie:

- **Bitten Sie die palästinensische Botschaft in Berlin um Stellungnahme im Fall der Anklagepunkte gegen Issa Amro und fordern Sie die Palästinensische Autonomiebehörde dazu auf, die Anklagepunkte sofort fallenzulassen.**

1 <https://972mag.com/i-was-arrested-for-asking-the-pa-to-stop-intimidating-journalists/129656/>

2 <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2017/09/palestinian-human-rights-activist-charged-under-repressive-newcybercrimes-law/>

3 <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2016/11/israel-opt-drop-baseless-charges-against-palestinian-human-rightsdefender/>

- **Nehmen Sie öffentlich Stellung für das Recht auf freie Meinungsäußerung im besetzten palästinensischen Gebiet, und fordern Sie ein sofortiges Ende repressiver Maßnahmen gegen gewaltfreie zivilgesellschaftliche Initiativen wie Youth Against Settlements.**
- **Setzen Sie sich innerhalb Ihrer Partei und gegenüber der Bundesregierung dafür ein, dass andere ebenso Stellung beziehen.**

Vor seiner Einberufung zum Verhör hat Amro folgende Stellungnahme abgegeben, die im Falle einer Verhaftung veröffentlicht werden sollte:

*Alles, was ich auf sozialen Medien schreibe, fällt unter das Recht auf freie Meinungsäußerung, wie es im palästinensischen Grundgesetz verankert und durch internationales Recht und Konventionen geschützt wird. Meine Verhaftung wird keinen Einfluss haben auf meinen Einsatz für Menschenrechte und die Rechte von Journalist*innen, ihre Arbeit frei und ohne Druck seitens der Regierung durchzuführen.*

Kurz nach der Verhaftung am 04. September 2017 veröffentlichte das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte folgende Stellungnahme auf Facebook:⁴

OHCHR is concerned at the arrest of human rights defender Mr Issa Amro in Hebron today by the Palestinian Preventive Security. Mr Amro, who has also been the subject of a number of legal proceedings by Israel related to his work as a human rights defender, appears to have been detained after social media posts criticizing the arrest of a journalist by the authorities. The right to freedom of expression is guaranteed by Article 19 of the International Covenant on Civil and Political Rights, a binding human rights treaty voluntarily ratified by Palestine in 2014. The UN Human Rights Committee has made it clear that "in circumstances of public debate concerning public figures in the political domain and public institutions, the value placed by the Covenant upon uninhibited expression is particularly high" (General comment No. 34, Article 19: Freedoms of opinion and expression, para 38). OHCHR is monitoring the case, and urges Mr Amro's release.

In einem Schreiben an den palästinensischen Präsident Mahmoud Abbas vom 5. September 2017 schreibt Luisa Morgantini, die frühere Präsidentin des Europäischen Parlaments und Vorsitzende der AssopacePalestina:

I am fully aware of the difficult and contradictory situation in which the PA is forced to live. But this does not justify the arrest of Issa Amro because of his criticism of certain actions of the PA or even of the President. But I must be sincere with you –my concern is not only about Issa Amro, there are actions made by the Preventive Security Forces that are really scary and a danger to democracy.

Die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Dr. Bärbel Kofler, schrieb am 8. September 2017:⁵

Ich bin sehr besorgt über die Verhaftung von Issa Amro durch die palästinensischen Sicherheitsdienste: Es wird allgemein davon ausgegangen, dass die Verhaftung aufgrund

4 <https://www.facebook.com/UNHumanRightsOPT/posts/761442074044120>

5 https://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2017/170908_Kofler_Amro.html?version=3

regierungskritischer Äußerungen in den sozialen Netzwerken geschah.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist im palästinensischen Grundgesetz verankert. Mit seiner 2014 geleisteten Unterschrift unter den Pakt über bürgerliche und politische Rechte hat Präsident Abbas die Palästinensische Behörde auch gegenüber der Weltöffentlichkeit verpflichtet, dieses Recht zu schützen.

Bislang konnten keine rechtlich tragfähigen Gründe vorgetragen werden, die eine Inhaftierung rechtfertigen würden. Herr Amro sollte daher unverzüglich aus der Haft entlassen werden.